

Bezirkstag Pfalz



Infobrief

Rundbrief Nr. 5/ September 2015

Liebe Genossinnen und Genossen,

im heutigen Rundbrief findet ihr Informationen zur aktuellen politischen Arbeit im Bezirkstag sowie meine Pressemitteilungen seit August 2015. Weitere Informationen auf www.die-linke-bezirkstagpfalz.de.

Thema Fracking

Im Nachgang zu meinem Antrag „Fracking gesetzlich verbieten“ vom Juni 2016 möchte ich euch nochmals auf dieses wichtige Thema hinweisen. Der Bezirkstag sah in seiner Sitzung am 19. Juni 2015 keine Veranlassung, bei der Landesregierung auf ein gesetzliches Fracking-Verbot hinzuwirken. Ganz anders sieht das beispielsweise der BUND und fordert wie DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz ein gesetzliches Verbot. Dass Fracking durchaus in Rheinland-Pfalz zu einem Thema werden könnte, beweist eine DPA-Meldung aus dem Jahr 2013: Im nordpfälzischen Bergland in der Region Kusel und Rockenhausen werden Schiefergas-Lagerstätten vermutet. DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz bleibt daher ihrer Forderung, Fracking generell und per Gesetz zu verbieten. Die Reform des rheinlandpfälzischen Wasserschutzgesetzes der rot-grünen Landesregierung ist für einen umfassenden Schutz von Mensch und Umwelt vor dieser höchst gefährlichen Technologie bei weitem nicht ausreichend.

Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz

DPA Meldung 22.04.2013

Möglicherweise Schiefergas in der Nordpfalz

MAINZ (dpa-AFX) - Im Rheinland-Pfalz schlummert möglicherweise Schiefergas unter der Erde. "Nach den vorliegenden geologischen Erkenntnissen können Schiefergasvorkommen im Nordpfälzer Bergland theoretisch vorhanden sein", heißt es in der Antwort des Wirtschaftsministeriums in Mainz auf eine Kleine Anfrage der CDU-Landtagsfraktion. "Diese sind jedoch nicht erkundet, so dass noch nicht klar ist, ob es in Rheinland-Pfalz tatsächlich Schiefergasvorkommen gibt."

Die Förderung von in Tonsteinen gespeichertem Erdgas (Fracking) lehnt die rot-grüne Landesregierung ohnehin wegen ungeklärter Umweltrisiken ab. Beim Fracking wird mit hohem Druck unter Einsatz von Wasser, Sand und Chemikalien das Gestein so aufgebrochen, dass Gas entweichen kann.

Umweltministerin Ulrike Höfken (Grüne) hatte kürzlich versichert: "Wir werden in Rheinland-Pfalz unter keinen Umständen zulassen, dass unser Grundwasser durch Fracking mit

toxischen Chemikalien gefährdet wird." Die Landesvereinigung Unternehmerverbände (LVU) hingegen betonte: "Fracking kann den Industrie- und Technologiestandort Deutschland stärken." Das Beispiel USA zeige, dass die neue Fördermethode energieintensive Industrien beflügeln könne.

Forderungen des BUND Rheinland-Pfalz

1) Der BUND fordert Bundes- und Landesregierung auf, die Förderung von Schiefergas durch „Fracking“ zu verbieten und dies unmissverständlich gesetzlich zu verankern,, denn Fracking birgt hohe Risiken, insbesondere für das Grundwasser und ist kontraproduktiv für den Klimaschutz und die Energiewende.

2) Der BUND fordert die BASF Ludwigshafen auf, ihr Engagement auf diesem Gebiet sofort einzustellen und sämtliche Vorbereitungen, Forschungen und Lobbyarbeit zu unterlassen.

3) Der BUND die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, das Bergrecht zu reformieren und die Beteiligung von Bürgern und Verbänden zu garantieren.

Die Bundesregierung plant eine gesetzliche Initiative zur Regulierung des Fracking, möglicherweise noch vor der Bundestagswahl. Dies könnte der nächste Schritt zur Einführung der Risikotechnologie sein und es besteht die Gefahr, dass hier noch rasch Fakten geschaffen werden sollen, bevor sich politische Mehrheiten ändern könnten. Hierüber müssen wir die Öffentlichkeit informieren, und die Umweltverbände sollten hier verstärkten Druck auf die Politik aufbauen.

Das rheinland-pfälzische Großunternehmen BASF Ludwigshafen hat vor wenigen Tagen öffentlich verlautbaren lassen, dass sie verstärkt im Bereich Fracking „forschen“ wolle und den Einsatz im In- und Ausland prüfe. (s. z.B. FAZ vom 9.2.2013) Offensichtlich ignoriert man bei der BASF die Erfordernisse des Umwelt- und Klimaschutzes und die Ziele der Energiewende und erhofft sich hier lukrative globale Geschäfte.

Auch in Rheinland-Pfalz gibt es geologische Strukturen, in denen Schiefergas vermutet werden kann, v.a. im Oberrheingraben (vgl. Gutachten des UBA vom August 2012). Grundwasser, Natur und Bevölkerung in Rheinland-Pfalz könnten so bald erheblichen Risiken ausgesetzt werden.

„Die Bundesregierung will die Förderung von Schiefergas in Deutschland noch vor der Bundestagswahl auf den Weg bringen. Der BUND ist alarmiert: Bisher gab es wegen der Risiken des Verfahrens in Deutschland keine Förderung von Schiefergas durch Fracking. Mit einem Gesetzesvorschlag könnte die Methode auch in Deutschland Anwendung finden.

Der BUND warnt vor dieser Initiative, da die Risiken von Fracking zu hoch sind. Bei Fracking wird Wasser mit Chemikalien vermischt und mit hohem Druck in das Schiefergestein gepresst, was vor allem unabsehbare Gefahren für das Grundwasser bedeutet. Auch die Entsorgung des anfallenden Abwassers birgt große Risiken. Das Umweltbundesamt hatte im September 2012 vor den Folgen der Erdgasfördermethode gewarnt.

In Europa haben die Regierungen von Frankreich und Bulgarien Fracking inzwischen verboten. Der BUND fordert von der Bundesregierung, es diesen Regierungen gleichzutun und ein generelles Fracking-Verbot auszusprechen.

Was ist Fracking?

Hydraulic Fracturing (kurz: Fracking) ist eine Technik zur Förderung von unkonventionellem Erdgas und auch Erdöl, wobei letzteres in Deutschland bislang eine geringere Rolle spielt. Das Verfahren kommt bei unkonventionellem Erdgas, auch Schiefergas genannt, zur Anwendung, weil das Gas in diesen Lagerstätten fester gespeichert ist und eine gewöhnliche Förderbohrung, nicht ausreicht. Deshalb wird mittels mehrerer Bohrungen ein Gemisch aus Wasser, Sand und verschiedenen Chemikalien in das Gestein gepresst. Durch den hohen Druck, der dafür aufgewendet wird, bricht das Gestein auf, so dass Fließwege für das Gas geschaffen werden.

Welche Risiken bestehen?

Neben der Fracking-Industrie, die ein vor allem ökonomisches Interesse an der Förderung unkonventionellen Erdgases besitzt, wird von Unterstützern dieser Förderungsmethode argumentiert, dass Deutschland 1,3 Billionen Kubikmeter unkonventionelles Erdgas besitzt. Damit könnte der deutsche Bedarf an Erdgas etwa 13 Jahre lang gedeckt werden. Doch steht dieser (Kosten-) Vorteil für ein Jahrzehnt in keinem Verhältnis zum potentiellen Schaden: Pro Frack werden mit hohem Energieaufwand bis zu 5.000 Kubikmeter Wasser und mehr als 200 verschiedene Chemikalien bei über 1.000 bar Druck unter die Erde gepresst. Dies birgt hohe Risiken für Mensch und Umwelt: Grund- und Oberflächengewässer können durch die eingesetzten Chemikalien belastet werden. Durch den Druck wird ein Zusammenhang zwischen Fracking und seismischen Ereignissen (Beben) für möglich gehalten. Der Flächenverbrauch ist mit 1,5 bis 2 Hektar pro Bohrplatz, wobei mehrere Bohrplätze pro Quadratkilometer benötigt werden, sehr groß. Hinzu kommt erhebliche Lärmbelastung durch die Bohranlagen sowie die ungeklärte Frage der Entsorgung des kontaminierten Abraums und des Abwassers.

Die Gewinnung unkonventionellen Erdgases durch Fracking ist hochriskant und klimapolitisch kontraproduktiv. Unzureichende Kenntnisse machen diese Technologie zu einem unkalkulierbaren Risiko. Zwar sind Erdgas-Kraftwerke in der Energiewende hierzulande ein wichtiger Baustein. Doch Fracking wirkt kontraproduktiv wenn es um den raschen Umstieg auf Erneuerbare geht — wie nicht zuletzt die Entwicklung in den USA zeigt: Das klimaschädliche Verbrennen fossiler Rohstoffe wird durch das Erschließen der unkonventionellen Lagerstätten verlängert und so der Umstieg auf klimafreundliche Energieversorgung verzögert.“

Pressemitteilungen

Pressemitteilung 29. September 2015

Bestandsaufnahme des pfälzischen Hüttenwesens lässt weiter auf sich warten

DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz: Sanierungsstau wurde bisher nicht angegangen

Im Mai kündigte Bezirkstagsvorsitzender Theo Wieder eine Bestandsaufnahme notwendiger Sanierungsmaßnahmen von Hütten im Naturpark Pfälzerwald an. Unter anderem sollte geprüft werden, inwieweit die bewirtschafteten Hütten noch den Bestimmungen des Brandschutzes, dem geltenden Baurecht und den Hygiene Vorschriften entsprechen. Nach Aussagen Wieders sollte ein Architekt etwa 100 Hütten begutachten und den Sanierungsbedarf feststellen.

Dazu erklärt DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz, Brigitte Freihold: „Offensichtlich wurde es seit Jahrzehnten versäumt, die Hütten und Ausflugsstätten in der Pfalz einer regelmäßigen Bestandsaufnahme im Hinblick auf notwendige Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen zu unterziehen. Schon im Pflege- und Entwicklungsplan des Naturparks Pfälzerwald von 1993 wurden fehlende statistische Daten zum Hüttenwesen und fehlende Mittel für die Unterhaltung moniert. Das Ergebnis ist ein enormer Renovierungs- und Sanierungsstau. Nachdem der Bezirksverband 2014 die Trägerschaft für den Naturpark Pfälzerwald übernommen hat, ist es nun Sache des Bezirkstages der Pfalz, die seit Jahrzehnten überfälligen Schritte zur Erfassung der Sanierungsmaßnahmen in die Wege zu leiten und in einem nächsten Schritt diese auch umzusetzen. Leider ist es bisher bei den Absichtsbekundungen vom Mai dieses Jahres geblieben. Demnach sollte ein Architekt, der womöglich vom Bezirksverband befristet beschäftigt werden sollte, die Begutachtung der Hütten durchführen. Davon abgesehen, dass dieser Architekt bisher weder ermittelt, noch beauftragt wurde, wäre ein Architekturbüro mit dieser Aufgabe wohl hoffnungslos überfordert bzw. würde alleine die Begutachtung weitere Jahre in Anspruch nehmen. Deshalb sind die bisherigen Lösungsansätze bei weitem nicht ausreichend, um die Problematik zu bewältigen und den Sanierungsstau im pfälzischen Hüttenwesen zeitnah aufzulösen.“

In Anbetracht der Wichtigkeit der Pfalz für den rheinland-pfälzischen Tourismus ist eine flächendeckende Sanierung des Hüttenwesens unumgänglich. Eine Insellösung ausschließlich bezogen auf den Naturpark Pfälzerwald wird dieser Bedeutung nicht gerecht. Deshalb ist ein Masterplan der Landesregierung mit entsprechender finanzieller Ausstattung unbedingt notwendig. Dies überschreitet bei weitem die Möglichkeiten des Bezirksverbandes und seiner Trägerschaft für den Naturpark. Zudem wäre eine Insellösung auch nicht vertretbar und ungerecht gegenüber den Hüttenbetreibern außerhalb des Naturparks, wenn sie bei der Bewältigung der gleichen Probleme alleine gelassen werden.“

Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz

Pressemitteilung 27. August 2015

Sondersitzung des Bezirkstags macht ohne Fakten keinen Sinn

DIE LINKE im Bezirkstag: Rechtspopulisten nicht weiter aufwerten

Laut Presseberichten sollen zwei Mandatsträger im Bezirkstag der Pfalz die Partei verlassen haben, über deren Kommunalwahlliste sie in den Bezirkstag gewählt wurden. Bezirkstagsvorsitzender Theo Wieder (CDU) hatte darauf eine Sondersitzung des Bezirkstages angekündigt. Heute wurde dieser Termin per E-Mail wieder verworfen.

Dazu erklärt DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz, Brigitte Freihold: „Die Einberufung einer Sondersitzung des Bezirkstags ist ein hoher verwaltungstechnischer und finanzieller Aufwand. Das kostet Steuergeld. Meines Erachtens rechtfertigen die tatsächlich bekannten Fakten diesen Aufwand bisher nicht. Darüber hinaus wertet man mit dieser Vorgehensweise die Rechtspopulisten im Bezirkstag nur auf. Außerdem läuft der Bezirkstag Gefahr, sich vorführen zu lassen: Es genügt die schriftliche Anzeige der Bildung einer neuen Fraktion der gleichen Mandatsträger unter irgendeiner Bezeichnung und die Sondersitzung ist vorbei, bevor sie richtig begonnen hat. Darüber hinaus ist es nach den Bestimmungen der maßgeblichen Landkreisordnung fragwürdig, ob die Bezirkstagsverwaltung Fristen setzen kann, bis wann Mandatsträger ihre Mitteilungspflicht zu erfüllen haben. Auch besteht bisher kein ausreichender Grund, die Ausschüsse des Bezirkstages neu zu besetzen. In einem ähnlich gelagerten Fall in Pirmasens hatten zwei Mandatsträger ebenfalls ihre ursprüngliche

Partei verlassen und zusammen mit einem weiteren Mandatsträger eine neue Fraktion gegründet. Auf Anfrage der Pirmasens Stadtverwaltung an die ADD verneinte diese nach rechtlicher Prüfung die Notwendigkeit einer Neuwahl der Ausschüsse. Insofern wäre Theo Wieder gut beraten, wenn er sich eine rechtliche Expertise zulegen oder – falls er sie bereits hat – den Mitgliedern des Bezirkstages mitteilen würde. Ansonsten wird nämlich nur viel heiße Luft produziert und die Rechtspopulisten freuen sich über kostenlose Werbung.“

Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz

DIE LINKE.
im Bezirkstag Pfalz